

Die bürgerliche Koalition hat Recht, wenn sie mit der begonnenen Sozialreform weitermacht

Hartz IV ist gut

Von Gerd Held

Das Gesetz, das 2005 die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung zusammenführte, wird von der neuen Koalition in einzelnen Punkten verändert und im Ganzen bekräftigt. Das ist eine gute Nachricht. Das Gesetz, bekannt unter dem Namen „Hartz IV“, war in den vergangenen Jahren eines jener deutschen Tabuthemen, bei denen die Linke – im Bündnis mit etlichen Kirchenvertretern – massiv die öffentliche Meinung unter Druck setzte. „Hartz IV“ galt als Inbegriff einer Politik, die die Armen noch ärmer macht. Das war eine grobe Fälschung der Tatsachen. Doch zeigte sich gerade an dieser Stelle, wie leicht es hierzulande ist, den offenen Meinungsstreit und die Freiheit der Argumente einzuschränken, wenn man nur heftig genug die Fahne des vorgeblich „Sozialen“ schwenkt. Wer erinnert sich nicht an jene Talkshows, bei denen die Vertreter der großen Volksparteien sogleich einknickten, wenn die Lebenswirklichkeit der Unterschichten zur Sprache kam. Dann wurde nur noch beschwichtigt. Die Regierenden, so hatte man den Eindruck, wollten sich im Grunde für ein Gesetz entschuldigen, dass sie doch selbst beschlossen hatten. Die deutsche Sozialdemokratie verspielte unter diesem Druck ihren Rang als Volkspartei. Es ist daher sehr gut, wenn eine bürgerliche Koalition genau hier ein Zeichen setzt.

In der Sache bedeutete die Einführung des Arbeitslosengeldes II keine Verschlechterung der sozialen Sicherung. Die bisherigen Bezieher von Sozialhilfe erhielten etwas mehr Geld. Neu war, dass die Arbeit in den Mittelpunkt gestellt wurde. Wer arbeiten konnte, sollte sich um Arbeit bemühen. Für diejenigen, die aus qualifizierten Positionen arbeitslos geworden waren und deren Bezugszeit für das Ar-

beitslosengeld I abgelaufen war, bedeutete das Gesetz Einbußen. Sie bekamen nicht mehr Hartz IV als alle anderen. Das war im Grundsatz gerecht. Eine höhere Sozialsicherung wäre auf eine Berufslebens-Rente für eine Position hinausgelaufen, die man nur eine begrenzte Zeit wirklich ausgeübt hat. Das hätte dem Grundsatz, dass Leistung zählen soll, widersprochen. Diesen Grundsatz konnte die Sozialdemokratie, als gestandene Partei der Arbeit, aus vollem Herzen unterschreiben. Allerdings hatte Hartz IV zur Konsequenz, dass nicht nur die großen, ertragreichen Facharbeiten zählten, sondern auch die kleinen, zuarbeitenden, helfenden Funktionen. Im Notfall musste man sich auf eine solche Tätigkeit einlassen, bevor man die soziale Grundsicherung in Anspruch nehmen konnte. Das ist ein schwerer Schritt, der sehr wehtun kann. Aber er gehört, wie der Aufstieg, zu einer offenen Leistungsgesellschaft. Nur dadurch, dass die Bürger auch mit einem Abstieg rechnen, ist ihre Freiheit nicht billig, sondern hat die Würde der eigenen Verantwortung.

Das tiefere Problem bei Hartz IV bestand darin, dass unsere Gesellschaft nicht darauf eingestellt war, solche „niederen“ Tätigkeiten zu achten und ihnen das Bürgerrecht zu gewähren – auch unsere Verführbarkeit durch das Mindestlohn-Versprechen zeugt davon. Wir haben es verlernt, die große menschliche Leistung zu sehen, die jeden Tag pünktlich und ordentlich von unzähligen helfenden Händen in kleinen, einfachen Portionen erbracht wird. Hier muss der Lohn oft aufgestockt werden, oder es müssen mehrere Jobs kombiniert werden. Auch das gehört zu Hartz IV. Aber es hat sich das Vorurteil gebildet, „unten“ ginge es nur um eine träge Masse, die auf Unter-

halt und Unterhaltung aus ist. Dazu haben jene Kampagnen eifrig beigetragen, die immer nur die „neue Armut“ beschworen. Solche Kampagnen blicken immer aus der Vogelperspektive des autoritären Versorgungsstaates - die Amtskirchen eingeschlossen - herab. Die kleinen, existenziellen Schritte ins Arbeitsleben wollen sie nicht sehen. Das Hartz IV-Gesetz hat, im Gegensatz zu seinem üblen Ruf, diese Blindheit nicht. Dies Gesetz schaut in die richtige Richtung, auch wenn seine Umsetzung noch viel zu wünschen übrig lässt.

Deshalb sind die jetzt beschlossenen Änderungen gut und wichtig, denn sie verstärken die Erträge der eigenen Leistung. Sie sind keine schleichende Demontage des Gesetzes, sondern seine Bekräftigung. Aber sollte man nicht wenigstens versuchen, den Gesetzesnamen loszuwerden? Nein, Bange machen gilt nicht mehr. Die neue Regierung hat die besseren Argumente, sie sollte den Streit um die Meinungsführerschaft wagen. Am besten mit einem Plakat in großen Lettern: Hartz IV kommt jetzt erst richtig.

(Manuskript vom 20.10.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 21.10.2009)